

Landkreis Vorpommern-Rügen

Der Kreistagspräsident



Niederschrift über die 5. Sitzung des Kreistages Vorpommern-Rügen am 19. Mai 2025

Sitzungsraum: Kulturhaus "Treffpunkt Europas", Heinrich-Heine-Straße 1a
in 18507 Grimmen

Sitzungsdauer: 17:00 - 19:33 Uhr

Anwesenheit:

Kreistagsmitglied

Frau Ute Bartel
Herr Maik Bowitz
Herr Ernst Branse
Herr Ulf Braum
Herr Jörg Burwitz
Herr Carlos Dias Rodrigues
Herr Christian Ehlers
Herr Mirk Ewert
Herr Frank Fanter
Herr Jörg Fiedler
Herr Harry Glawe
Frau Sandra Graf
Herr Martin Graupner
Herr Christian Griwahn
Herr Torsten Grundke
Herr Holger Gutzmann
Herr Thomas Haack
Herr Aurel Hagen
Frau Nicole Halle
Frau Petra Harder
Frau Beatrix Hegenkötter
Herr Benjamin Heinke
Herr Thomas Huth
Herr Frank Ilchmann
Herr Marco Jahns
Frau Dr. Carmen Kannengießer
Herr Michael Kasch
Frau Kerstin Kassner
Frau Anett Kindler
Herr Siegfried Klein
Herr Holger Kliewe
Herr Sebastian Koesling
Herr Andreas Kuhn
Frau Josefine Anika Kümpers
Herr Armin Latendorf
Herr Tino Leipold
Herr Mathias Löttge

Herr Heiko Miraß
Herr Marvin Müller
Herr Thomas Naulin
Herr Dirk Niehaus
Herr Thomas Pauketat
Herr Thoralf Pieper
Frau Julia Präkel
Frau Maria Quintana Schmidt
Herr Jens Radtke
Herr Gerd Scharmberg
Herr Jarod Schilke
Frau Dr. Doris Schmutzer
Herr Karsten Schneider
Herr Maximilian Schwarz
Herr Dario Seifert
Herr Tommy Thormann
Frau Heike Völschow
Frau Simone Wagner
Herr Andi Wallis
Herr Danilo Wessel
Frau Susann Wippermann
Frau Birgit Wismer
Herr Kevin Zenker
Frau Anita Zimmermann
Herr Christian Zorn

Von der Verwaltung

Herr Dr. Stefan Kerth
Frau Kathrin Meyer
Frau Ricarda Rumpel
Frau Dörte Heinrich
Herr Frank-Peter Lender
Frau Silke Egger
Herr Tilo Koch
Herr Bastian Köhler
Frau Anja Pfefferkorn
Frau Manuela Redlich
Frau Dr. Christine Braun

Landrat
1. Stell. d. Landrates, Beigeordnete
2. Stell. d. Landrates, Beigeordnete
Beigeordnete
FBL 4
FDL 01
FDL 03
amt. FGL 01.20
SB Kreistagsangelegenheiten
SB Kreistagsangelegenheiten
Gleichstellungsbeauftragte

Es fehlen:

Kreistagsmitglied

Herr Dr. Ing. Alexander Badrow
Frau Wenke Brüdgam
Herr Detlef Kegel
Herr Hendrik Lastovka
Herr Michael Philippen
Herr Dr. Ronald Zabel
Frau Andrea Zachow

entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt

Tagesordnung

- Öffentlicher Teil -

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
2. Einwohnerfragestunde
3. Bestätigung der Tagesordnung
4. Kenntnisnahme der Niederschrift vom 17. März 2025
5. Information des Kreistagspräsidenten
6. Bericht des Landrates
7. Anfragen der Kreistagsmitglieder
8. Vorschlagsliste für die Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter am Verwaltungsgericht Greifswald für die Wahlperiode 2025 - 2030 BV/4/0114
9. Vorschlagsliste für die Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter am Oberverwaltungsgericht M-V für die Wahlperiode 2025 - 2030 BV/4/0115
10. Neufassung der Betriebssatzung des Eigenbetriebs Jobcenter Vorpommern-Rügen BV/4/0071
11. 5. Satzung zur Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebs Abfallwirtschaft Vorpommern-Rügen BV/4/0095
12. 3. Satzung zur Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebs Infrastrukturverwaltungsbetrieb des Landkreises Vorpommern-Rügen BV/4/0091

- | | | |
|-----|---|-----------|
| 13. | 3. Satzung zur Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebs Rettungsdienst des Landkreises Vorpommern-Rügen | BV/4/0099 |
| 14. | Feststellung des Jahresabschlusses des Eigenbetriebes Rettungsdienst für das Jahr 2023 | BV/4/0102 |
| 15. | Entlastung der Betriebsleitung des Eigenbetriebes Rettungsdienst für das Jahr 2023 | BV/4/0103 |
| 16. | Ergänzungsbeschluss zum Wirtschaftsplan 2025 des Eigenbetriebes Rettungsdienst | BV/4/0104 |
| 17. | Änderung des Gesellschaftsvertrages der Bodden-Kliniken Ribnitz-Damgarten GmbH | BV/4/0107 |
| 18. | Änderung der Richtlinie zur Förderung von Investitionen und Aufwendungen von eingetragenen gemeinnützigen Vereinen im Landkreis Vorpommern-Rügen (Vereinsförderrichtlinie LK V-R) | BV/4/0108 |
| 19. | Änderungsantrag der Kreistagsfraktionen SPD, DIE LINKE, Bündnis90/DieGrünen + Die PARTEI, BVR/FW/FR zur Haushaltssatzung für den Haushalt 2025: "Erhöhung der finanziellen Zuweisung an den Betreiber des Stralsunder Frauenschutzhauses" | A/4/0040 |
| 20. | Änderungsantrag der Kreistagsfraktion AfD zum Haushaltsentwurf 2025: "Willkommenskultur für Kinder fördern - Gemeinden mit familienfreundlichen Maßnahmen unterstützen" | A/4/0036 |
| 21. | Antrag der Kreistagsfraktion AfD: "Würdigung unserer Blaulichttruppen durch einen Feiertag" | A/4/0060 |
| 22. | Antrag der Kreistagsfraktion AfD: "Änderung der Beflaggungsverordnung" | A/4/0061 |
| 23. | Antrag der Kreistagsfraktionen B90/GRÜNE + DIE PARTEI, SPD, DIE LINKE: "Einführung eines transparenten Beschlussmonitorings für Kreistagsbeschlüsse" | A/4/0062 |
| 24. | Antrag der Kreistagsfraktionen B90/GRÜNE + DIE PARTEI, SPD, DIE LINKE: "Einführung eines elektronischen Abstimmungssystems im Kreistag zur Steigerung von Transparenz und Effizienz" | A/4/0063 |
| 25. | Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE: "Aufhebung des KT-Beschlusses KT 04/72-2025" | A/4/0064 |
| 26. | Antrag der Kreistagsfraktionen CDU+, BfS/FDP/VR+: "Appell an die Landesregierung zur gerechten Finanzierung der kostenfreien Kita in Mecklenburg-Vorpommern" | A/4/0065 |
| 27. | Antrag der Kreistagsfraktionen CDU+, BfS/FDP/VR+: "Gemeinsames Erbe bewahren - Pommernakten dauerhaft in Pommern sichern" | A/4/0066 |
| 28. | Mitteilungen | |

Sitzungsergebnis

- Im öffentlichen Teil -

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Kreistagspräsident Kuhn eröffnet die 5. Sitzung des Kreistages Vorpommern-

Rügen. Er stellt fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß geladen wurde und der Kreistag Vorpommern-Rügen mit 56 von 69 anwesenden Kreistagsmitgliedern beschlussfähig ist.

Herr Kreistagspräsident Kuhn verpflichtet das neue Kreistagsmitglied, Herrn Jörg Fiedler, auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Pflichten gemäß §114 Abs. 5 S.3 i.V.m. §106 Abs. 1 S.6 KV M-V.

In Gedenken an Herrn Helmut Poppe als langjähriges Kreistagsmitglied bittet **Herr Kreistagspräsident Kuhn** alle Anwesenden um eine Schweigeminute.

2. Einwohnerfragestunde

Herr Kreistagspräsident Kuhn weist daraufhin, dass von den öffentlichen Sitzungen des Kreistages Film- und Tonaufnahmen angefertigt werden, die live ins Internet eingestellt werden. Daher bitte er an der Fragestunde für Einwohner/innen teilnehmende Personen und sonstige Dritte, die weder in Ausübung eines Mandates als Mitglied des Kreistags im Rahmen eines Dienstverhältnisses zum Landkreis an der Sitzung teilnehmen, eine schriftliche Einwilligung zur Übertragung oder Aufzeichnung des Redebeitrages beim Kreistagsbüro abzugeben. Liegt keine Einwilligung vor, wird die Übertragung unterbrochen.

Herr Liebig, Einwohner aus Stoltenhagen, fragt, wie die Entbürokratisierung weitergehe. Es reiche seiner Meinung nach nicht aus, alles zu digitalisieren. Überflüssige Formulare sollten abgeschafft werden.

Des Weiteren erfragt **Herr Liebig**, wann es eine stündliche Busverbindung zwischen Grimmen und Greifswald geben werde.

Bezugnehmend auf die Busverbindung führt **Herr Landrat Dr. Kerth** aus, dass die Busstrecke Greifswald-Sanitz, auch Bestandteil des Nahverkehrsplans, ertüchtigt werde. Ein genaues Datum könne er nicht nennen, aber das Vorhaben sei entschieden und ausfinanziert, eine Umsetzung folge.

Zur Frage nach der Entbürokratisierung antwortet **Herr Landrat Dr. Kerth**, dass es sich um einen fortdauernden Prozess handle. Der große Durchbruch, dass wir in einem halben oder in eineinhalb Jahren in einer von ihm als unbürokratischen Welt stehen werden, sehe er noch nicht heraufziehen.

Herr Harenberg, Einwohner aus Ahrenshoop, spricht von einem Millionenbetrug zum Grundstückserwerb in Ahrenshoop und trägt vor, dass 847.000 EUR Fördergelder für die Planung ausgezahlt wurden. Er fragt den Landrat, ob er als Landrat zurücktrete, wenn er wiedergewählt und von der Behörde festgestellt werde, dass er vorher von dem Millionenbetrug gewusst und zeitnah nichts unternommen habe.

Herr Landrat Dr. Kerth entgegnet, dass es zu dem von ihm in den Raum gestellten Angelegenheiten unterschiedliche Bewertungen gebe. Bereits mehrmals habe er ihm mitgeteilt, dass eingehende Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern in der Behörde verantwortungsvoll bewertet werden. Der benannte Sachverhalt liege aktuell zur Bewertung beim Innenministerium M-V. Einem ordnungsgemäßen Verfahrensweg müsse die benötigte Zeit eingeräumt werden.

Auf weitere Äußerungen von Herrn Harenberg weist **Herr Kreistagspräsident Kuhn** darauf hin, dass es sich um die Einwohnerfragestunde handle und der Landrat die

Frage beantwortet habe.

Herr Landrat Dr. Kerth fügt ergänzend hinzu, dass er fest davon ausgehe, dass alle „Ahrenshooper Themen“ verantwortungsvoll und objektiv vom Innenministerium M-V sowie von der Kommunalaufsicht geprüft werden. Bezichtigungen der Lüge weise er zurück.

Weitere Einwohneranfragen werden nicht gestellt.

3. Bestätigung der Tagesordnung

Herr Kreistagspräsident Kuhn informiert über folgende Änderungen der Tagesordnung:

- die Kreistagsfraktion DIE LINKE habe den Änderungsantrag gestellt, die TOP 19 und 20 von der Tagesordnung zu nehmen
- die Kreistagsfraktion AfD habe den Änderungsantrag gestellt, den TOP 24 von der Tagesordnung zu nehmen

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über den Änderungsantrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE, den TOP 19 und 20 von der Tagesordnung zu nehmen.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen stimmt mehrheitlich zu.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über den Änderungsantrag der Kreistagsfraktion AfD, den TOP 24 von der Tagesordnung zu nehmen.

Eine eindeutige Mehrheit lässt sich nicht feststellen.

Herr Scharmberg bittet zu bedenken, dass es eine ähnliche Situation im Kreistag Grimmen bereits gegeben habe. Die damalige NPD sei durch Absetzung von ihren Tagesordnungspunkten aus dem Geschehen des Kreistages herausgehalten worden und hat vor dem Verwaltungsgericht gesiegt. Im Vorfeld die Sitzungen dadurch zu lenken, dass durch Mehrheitsbeschluss Anträge abgesetzt und sich in der Sitzung nicht damit auseinandergesetzt werde, könne rechtlich bedenklich sein, sagt **Herr Scharmberg**.

Herr Schilke stellt klar, dass der Änderungsantrag zur Absetzung des TOP 24 sich rein auf die Formalität des Antrages beziehe und nicht auf den Inhalt.

Herr Kreistagspräsident Kuhn stellt mit 34 Dagegen-Stimmen fest, dass der TOP 24 auf der Tagesordnung bleibe.

Weiterer Änderungsanträge werden nicht gestellt.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über die geänderte Tagesordnung.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen stimmt der geänderten Tagesordnung mehrheitlich zu.

4. Kenntnisnahme der Niederschrift vom 17. März 2025

Fragen, Anmerkungen oder Ergänzungswünsche zur Niederschrift über die 4. Sitzung des Kreistag Vorpommern-Rügen vom 17. März 2025 werden nicht vorgetragen.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen nimmt die Niederschrift vom 17. März 2025 zur Kenntnis.

5. Information des Kreistagspräsidenten

Herr Kreistagspräsident Kuhn informiert über Folgendes:

- die Fraktion BVR/FW/FR habe sich zum 30. April 2025 aufgelöst
- der neue Fraktionsname der BfS/FDP/BkW laute: BfS/FDP/VR+
- KTM Mathias Löttge, Dr. Carmen Kannengießer und Jörg Burwitz haben sich der Fraktion BfS/FDP/VR+ angeschlossen = neu: 9 Fraktionsmitglieder
- KTM Holger Gutzmann habe sich der Fraktion AfD angeschlossen = neu: 19 Fraktionsmitglieder
- Änderung der Fraktionsstärke bedeute eine Änderung der Gremienbesetzung: folgende Änderungen/ Sitzverteilung nach dem Zuteilungs- und Benennungsverfahren:

Besetzung Ausschuss (15 MG) neu:

CDU+ = 6, AfD = 4, BfS/FDP/VR+ = 2, DIE LINKE = 1, SPD = 1,
B90/GRÜNE + Die PARTEI = 1

Mitgliederversammlung LKT (5 MG) neu: CDU+ = 2, AfD = 2, BfS/FDP/VR+ = 1

Mitgliederversammlung POMERANIA (5 MG) neu: CDU+ = 2, AfD = 2, BfS/FDP/VR+ = 1

Aufsichtsrat der VVR (7 MG) neu: CDU+ = 3, AfD = 2, BfS/FDP/VR+ = 1, DIE LINKE = 1

Herr Kreistagspräsident Kuhn gibt die Beschlüsse des nichtöffentlichen Sitzungsteil der letzten Kreistagssitzung bekannt:

- Grundstücksangelegenheiten- Ankauf von Grundstücken zur Erweiterung der Feuerwehrtechnischen Zentrale - einstimmig zugestimmt
- Beschluss zur Ermächtigung des Landrates für die Unterzeichnung eines Zuwendungsvertrages mit der GlasfaserPlus GmbH - einstimmig zugestimmt

6. Bericht des Landrates

Herr Landrat Dr. Kerth informiert zunächst, dass das Ratsinformationssystem wieder online über die Internetseite abrufbar sei und sowohl den Kreistagsmitgliedern als auch den Bürger/innen zur Verfügung stehe. Er bedankt sich bei Allen für die Geduld nach dem Cyberangriff. In Bezug auf den IT-Sicherheitsvorfall wurden nun

auch viele Außenstellen, die nicht zur Kernverwaltung gehören, wieder an das Netz in der “neuen, sauberen Welt” angeschlossen.

Zum Thema Haushalt 2025 berichtet **Herr Landrat Dr. Kerth**, dass bislang noch keine Genehmigung vom Land vorliege. Er sei weiterhin in Kontakt mit den anderen Landkreisen, die bereits zur Genehmigung strikte Auflagen erhalten haben. Für Vorpommern-Rügen rechne er nach derzeitigem Stand auch mit einer Genehmigung mit Auflagen.

Weiterhin teilt **Herr Landrat Dr. Kerth** bezüglich der Ausländerbehörde mit, dass momentan relativ verhaltene Zuweisungen von Asylbewerbern, darunter auch ukrainische Flüchtlinge, den Landkreis Vorpommern-Rügen erreichen. Aus Erfahrung könne sich die Situation jedoch schnell wieder verändern. Außerdem wurde die Bezahlkarte eingeführt. In der letzten Woche wurden 600 Karten ausgegeben und aktiviert.

Herr Landrat Dr. Kerth merkt an, dass er zum Thema Bodden-Klinik Ribnitz-Damgarten keine Entwarnung geben kann und die Situation dieselbe sei. Derzeit finde auch das Bewerbungsverfahren zur Nachbesetzung der Stelle des Geschäftsführers statt. Positiv sei, dass selbst in Zeiten des Fachkräftemangels vielversprechende Bewerbungen eingegangen seien. Er sei optimistisch, dass die Stelle gut nachbesetzt werden könne.

Abschließend bedankt sich **Herr Landrat Dr. Kerth** bei den Wahlhelfern/innen und dem Team der Kommunalaufsicht des Landkreises Vorpommern-Rügen für den durchgeführten ersten Wahldurchgang für die Landratswahlen.

Herr Landrat Dr. Kerth bittet Frau Sandra Graf zu sich und verpflichtet sie zur ordnungsgemäßen Erfüllung ihrer Pflichten als Fraktionsgeschäftsführerin der AfD-Kreistagsfraktion.

7. Anfragen der Kreistagsmitglieder

Herr Kreistagspräsident Kuhn stellt fest, dass zum gegebenen Zeitpunkt 62 Kreistagsmitglieder anwesend sind.

Herr Schilke fragt, wann damit zu rechnen sei, dass weitere Menschen die Gemeinschaftsunterkunft in Niepars beziehen und er erkundigt sich, ob es ein ungefähres Datum gebe, wann davon auszugehen sei, dass die Gemeinschaftsunterkunft voll ausgelastet sei.

Frau Meyer beantwortet die Fragen von Herrn Schilke.

Herr Schilke sagt außerdem, dass der Gutachterausschuss des Landkreises Vorpommern-Rügen nach eigener Aussage auf Grund von Unterbesetzung der Geschäftsstelle nicht arbeitsfähig sei. Dementsprechend sei bspw. bis vor Ende des Jahres 2027 nicht mit der Fertigstellung von Gutachten zu rechnen. Er fragt Herrn Landrat Dr. Kerth, wie er sicherstellen möchte, dass die Geschäftsstelle wieder arbeitsfähig werde.

Herr Landrat Dr. Kerth antwortet, dass dem entgegengewirkt werden könne, indem die Ursache analysiert, und anschließend nachgesteuert werde. Bestätigen könne er die Information aktuell nicht.

Weitere Anfragen werden nicht gestellt.

8. Vorschlagsliste für die Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter am Verwaltungsgericht Greifswald für die Wahlperiode 2025 - 2030
Vorlage: BV/4/0114

Herr Niehaus informiert, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz die Partei AfD als gesichert rechtsextrem eingestuft habe. Für seine Partei stehe fest, dass Mitglieder einer Partei, die als gesichert rechtsextrem eingestuft seien, nicht in ein Richteramt gehören. Dies gelte ebenfalls für die nachfolgende Beschlussvorlage BV/4/0115. Auf einen Änderungsantrag sei aufgrund rechtlicher Erwägungen abzugeben, denn es läge im Interesse seiner Fraktion, heute eine Vorschlagsliste abzustimmen.

Herr Heinke stellt einen Änderungsantrag für die Vorschlagsliste. Nach §22 Verwaltungsgerichtsordnung solle Nr. 7 der Vorschlagsliste gestrichen werden. Stattdessen werde Herr Manfred Schlesiger vorgeschlagen.

Herr Naulin merkt an, dass die Einstufung der AfD zurückgenommen wurde. Der Bericht sei veröffentlicht worden und die Bestätigung wurde widerlegt. Es seien nur freie Meinungsäußerungen in diesem Bericht angeführt. Würde der Verfassungsschutz der AfD zuarbeiten, so wären alle sozialistischen Parteien mit ihren Äußerungen aufgeführt. Der Verfassungsschutz sei ein Organ, das weltweit einmalig sei und unserer Demokratie schaden würde.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um einen sachlichen Umgang und merkt an, dass das Thema immer noch die Vorschlagsliste sei.

Herr Klein merkt an, dass die aktuelle Situation nichts mit Demokratie zu tun habe. Die AfD habe nicht an allem Schuld. Im letzten Jahr hätte es 23.000 Insolvenzen gegeben, dank der rot-grünen Regierung. **Herr Klein** stellt den Antrag, alle Kandidaten der Fraktion Bündnis '90/Die Grünen + Die PARTEI von der Liste zu streichen.

Herr Glawe informiert, dass das Verfahren ruhe und einer genauen Überprüfung unterzogen werde. Darauf hätten sich die AfD und das Innenministerium geeinigt. Die Frage, ob die AfD gesichert rechtsextremistisch sei, sei derzeit nicht Gegenstand der politischen Debatte, da es noch keine Vorlage gäbe. Er bitte um Frieden miteinander, eine Diskussion über das Thema wäre nicht zielführend.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über den Antrag der Fraktion CDU+ über den Wechsel von Nr. 7 der Vorschlagsliste zu Herrn Manfred Schlesinger.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen stimmt dem Änderungsantrag mehrheitlich zu.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über den Änderungsantrag von Herrn Klein, alle Kandidaten der Fraktion Bündnis '90/Die Grünen + Die PARTEI von der Vorschlagsliste zu streichen.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen lehnt den Änderungsantrag von Herrn Klein mehrheitlich ab.

Herr Landrat Dr. Kerth weist darauf hin, dass für die Abstimmung der gesamten Vorschlagsliste eine Zweidrittelmehrheit der Anwesenden notwendig sei. Er appelliert an die Kreistagsmitglieder, dass über die Liste einheitlich abgestimmt werde, da der Landkreis Vorpommern-Rügen sonst keine Liste stellen könne.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 73-05/2025

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt die Vorschlagsliste für die Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter am Verwaltungsgericht Greifswald gemäß der beigefügten Anlage.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt die Streichung von Herrn Leon Pfister (Nummer 7 der Anlage) und ersetzt diesen durch Herrn Manfred Schlesiger.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen zugestimmt

-
9. **Vorschlagsliste für die Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter am Obergerverwaltungsgericht M-V für die Wahlperiode 2025 - 2030**
Vorlage: BV/4/0115
-

Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 74-05/2025

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt die Vorschlagsliste für die ehrenamtlichen Richterinnen und Richter am Obergerverwaltungsgericht Mecklenburg-Vorpommern gemäß der beigefügten Anlage.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei drei Enthaltungen zugestimmt

-
10. **Neufassung der Betriebssatzung des Eigenbetriebs Jobcenter Vorpommern-Rügen**
Vorlage: BV/4/0071
-

Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 75-05/2025

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt die Neufassung der Betriebssatzung des Eigenbetriebs Jobcenter Vorpommern-Rügen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

-
11. **5. Satzung zur Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebs Abfallwirtschaft Vorpommern-Rügen - Vorlage: BV/4/0095**
-

Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 76-05/2025

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt die in Anlage 1 beigefügte 5. Satzung zur Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebs Abfallwirtschaft Vorpommern-Rügen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

12. 3. Satzung zur Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebs Infrastrukturverwaltungsbetrieb des Landkreises Vorpommern-Rügen - Vorlage: BV/4/0091

Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 77-05/2025

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt die in Anlage 1 beigefügte 3. Änderung der Satzung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes Infrastrukturverwaltungsbetrieb (ISVB) des Landkreises Vorpommern-Rügen

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

13. 3. Satzung zur Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebs Rettungsdienst des Landkreises Vorpommern-Rügen - Vorlage: BV/4/0099

Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 78-05/2025

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt die in Anlage 1 beigefügte 3. Änderung der Satzung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes Rettungsdienst Vorpommern-Rügen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

14. Feststellung des Jahresabschlusses des Eigenbetriebes Rettungsdienst für das Jahr 2023 - Vorlage: BV/4/0102

Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 79-05/2025

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

1. Der Kreistag stellt den durch die AWADO GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss des Eigenbetriebes Rettungsdienst zum 31. Dezember 2023 mit einer Bilanzsumme von 13.434.033,41 EUR und einem Jahresüberschuss von 50.000,00 EUR fest.
2. Der Kreistag beschließt, dass der Jahresüberschuss auf neue Rechnung vortragen wird

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

15. Entlastung der Betriebsleitung des Eigenbetriebes Rettungsdienst für das Jahr 2023 - Vorlage: BV/4/0103

Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 80-05/2025

Der Kreistag Vorpommern-Rügen erteilt der Betriebsleitung des Eigenbetriebes Rettungsdienst für das Haushaltsjahr 2023 die Entlastung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

16. Ergänzungsbeschluss zum Wirtschaftsplan 2025 des Eigenbetriebes Rettungsdienst - Vorlage: BV/4/0104

Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 81-05/2025

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt folgende Ergänzung zum Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Rettungsdienst für das Jahr 2025:

Die Festsetzung des Höchstbetrages der Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit wird von 4.010.400,00 EUR auf 8.000.000,00 EUR geändert.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

17. Änderung des Gesellschaftsvertrages der Bodden-Kliniken Ribnitz-Damgarten GmbH - Vorlage: BV/4/0107

Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 82-05/2025

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt den geänderten Gesellschaftsvertrag der Bodden-Kliniken Ribnitz-Damgarten GmbH.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei einer Enthaltung zugestimmt

18. Änderung der Richtlinie zur Förderung von Investitionen und Aufwendungen von eingetragenen gemeinnützigen Vereinen im Landkreis Vorpommern-Rügen (Ver-einsförderrichtlinie LK V-R) - Vorlage: BV/4/0108

Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 83-05/2025

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt die in der Anlage 1 beigefügte Änderung der Richtlinie zur Förderung von Investitionen und Aufwendungen von eingetragenen gemeinnützigen Vereinen im Landkreis Vorpommern-Rügen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

19. Änderungsantrag der Kreistagsfraktionen SPD, DIE LINKE, Bündnis90/Die Grünen + Die PARTEI, BVR/FW/FR zur Haushaltssatzung für den Haushalt 2025: "Erhöhung der finanziellen Zuweisung an den Betreiber des Stralsunder Frauenschutzhouses" - Vorlage: A/4/0040

Der Änderungsantrag wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

20. Änderungsantrag der Kreistagsfraktion AfD zum Haushaltsentwurf 2025: "Willkommenskultur für Kinder fördern - Gemeinden mit familienfreundlichen Maßnahmen unterstützen" - Vorlage: A/4/0036

Der Änderungsantrag wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

21. Antrag der Kreistagsfraktion AfD: "Würdigung unserer Blaulichttruppen durch einen Feiertag" - Vorlage: A/4/0060

Herr Schilke begründet den eingebrachten Antrag der AfD-Kreistagsfraktion.

Herr Scharmberg berichtet aus seiner 52-jährigen aktiven Tätigkeit als Ehrenamtler, u.a. als Kreisbrandmeister und seiner Teilnahme an vielen Einsätzen. Viele dieser Einsätze erfolgten an Feiertagen, so **Herr Scharmberg**. Was diese Männer und Frauen brauchen, sei Anerkennung und Respekt, welchen man ihnen in der Gesellschaft entgegenbringe. Mit einem Feiertag werde man das nicht erreichen. Er unterstütze es nicht, einen Feiertag zu schaffen, an dem genau diejenigen, die geehrt werden sollen, an diesem Tag Dienstbereitschaft zeigen müssen.

Herr Zenker, selbst tätig im Katastrophenschutz als ein Kamerad der freiwilligen Feuerwehr, führt aus, dass es ihm fern liege, die hauptberuflichen und ehrenamtlichen Leistungen der Angehörigen von Blaulichtorganisationen nicht wertzuschätzen. Er gibt jedoch zu bedenken, dass die Einführung eines neuen gesetzlichen Feier- und Gedenktages außerhalb der Zuständigkeit eines Kreistages liege. Aus einem solchen Beschluss ergeben sich keine verbindlichen Folgen für das Land oder den Bund. Von Symbolpolitik solle man sich insbesondere auf der kommunalen Ebene fernhalten, so **Herr Zenker**. Die Verantwortung liege konkret in der Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Ausstattung der Einsatzkräfte im Landkreis Vorpommern-Rügen. Seine Fraktion lehne den Antrag sowohl fachlich als auch emotional ab.

Frau Bartel stimmt Herrn Scharmberg und Herrn Zenker zu. Sie merkt an, dass der im Antrag aufgeführte 20. September der „Weltkindertag“ und in Thüringen ein Feiertag sei.

Herr Heinke, selbst Feuerwehrmann, stimmt Herrn Scharmbergs Vortrag vollumfänglich zu. Er sagt, man solle diesem Ehrenamt mit Respekt Ehre zollen. In diesem Zusammenhang macht **Herr Heinke** auf die Ehrenamtskarte des Landes Mecklenburg-Vorpommern sowie die Ehrenamtskarte des Landkreises Vorpommern-Rügen aufmerksam.

Man habe den Eindruck, der Antrag solle missverstanden werden, so **Herr Braum**. Es gehe nicht um einen Feiertag, sondern um einen Ehrentag und darum, das Ehrenamt sichtbar zu machen. **Herr Braum** berichtet aus seiner ehrenamtlichen Tätigkeit als Seenotretter.

Herr Scharmberg sagt, er habe für seine Fraktion und nicht für sich allein gesprochen. Jedem Menschen, der in der Not sei, solle geholfen werden. Dabei sei egal, welcher Partei, welcher Konfession und welcher Rechtsauffassung er oder sie angehöre. Wer in Not sei, habe diesen Anspruch in unserer Gesellschaft. Man sei auf jeden Mann und jede Frau, der oder die bereit sei, diesen Dienst auf sich zu nehmen, angewiesen, so **Herr Scharmberg**. Politik müsse aus dieser Diskussion herausgehalten werden, ansonsten erlebe man eine Abkehr von der Freiwilligkeit. Das könne man sich nicht leisten.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen lehnt folgenden Beschluss ab:

1. Der Kreistag setzt sich bei der Landesregierung dafür ein, dass der 20. September als offizieller Ehrentag für die Blaulichttruppen (Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienste, THW) anerkannt wird.
2. Der Kreistag fordert die Landesregierung dazu auf, dieses Anliegen ebenfalls im Bundesrat einzubringen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

22. Antrag der Kreistagsfraktion AfD: "Änderung der Beflaggungsverordnung"
Vorlage: A/4/0061

Herr Zorn begründet den eingebrachten Antrag der AfD-Kreistagsfraktion.

Herr Jahns teilt mit, dass er den Antrag befürworte. In jedem Land der Welt würden die eigenen Landesflaggen an öffentlichen Gebäuden hängen, nur in Deutschland nicht. Seine Fraktion werde dem Antrag zustimmen.

Frau Kassner merkt an, dass Sie für das Hissen der Deutschlandfahne zu besonderen Anlässen sei, es aber auch wichtig wäre, dass das Symbol der Heimatstadt über dem Rathaus wehe. Sie sei für das Weiterbestehen der aktuellen Beflaggungsverordnung.

Herr Löttge informiert, dass seine Fraktion dem Antrag zustimmen werde. Die Landesflagge drücke ein Bekenntnis zum eigenen Land aus.

Herr Klein bittet alle Mitglieder um die Unterstützung des Antrages.

Herr Huth merkt an, dass das Flaggen vor Amtsgebäuden eine Signalwirkung habe und diese verloren ginge, wenn jeder so beflaggen würde, wie er wolle. Er werde den Antrag ablehnen.

Herr Graupner merkt an, dass es den Antragstellern aus seiner Sicht mehr um die Aufregung des Themas gehe als um die Sache selbst.

Herr Scharmberg führt aus, dass die Verordnung gelockert werden solle, damit die Beflaggung der Deutschlandfahne an bestimmten Tagen vorgenommen werden könne, was aktuell verboten sei.

Herr Zorn merkt an, dass die Beflaggung durch die Kommunen selbstbestimmt vorgenommen werden wolle.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über den Antrag.

Beschluss: KT 84-05/2025

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Der Landrat wird beauftragt, sich bei der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern dafür einzusetzen, die Beflaggungsverordnung des Landes Mecklenburg-Vorpommern dahingehend zu ändern, dass Kommunen und Landkreise eigenständig die anlasslose Beflaggung öffentlicher Gebäude mit der Bundesflagge (Schwarz-Rot-Gold) sowie der Landesflagge Mecklenburg-Vorpommerns gestattet wird.

Gleichzeitig wird die Landesregierung kritisch darauf hingewiesen, dass die derzeitige Beflaggungsverordnung zwar das Hissen von Symbolen wie der Regenbogenflagge ermöglicht, eine anlasslose Beflaggung mit den hoheitlichen Symbolen von Bund und Land jedoch bislang nicht zulässt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

23. Antrag der Kreistagsfraktionen B90/GRÜNE + DIE PARTEI, SPD, DIE LINKE: "Einführung eines transparenten Beschlussmonitorings für Kreistagsbeschlüsse"
Vorlage: A/4/0062

Frau Kindler begründet den eingebrachten Antrag der Kreistagsfraktionen B90/GRÜNE + DIE PARTEI, SPD, DIE LINKE. Sie stellt im Namen der Kreistagsfraktion B90/GRÜNE + DIE PARTEI den Änderungsantrag, den Antrag als Prüfauftrag an die Verwaltung zu geben.

Herr Seifert merkt zur Bestätigung der Tagesordnung an, dass es zulässig sei, die Abstimmung in „merkelscher Manier“ zu wiederholen. Was nicht gehe, so **Herr Seifert**, dass man während der Wiederholung der Abstimmung noch eine Debatte eröffne. Vorbehaltlich kündigt er eine rechtliche Prüfung an.

Zum eingebrachten Antrag führt **Herr Seifert** aus, dass die AfD-Fraktion jede Maßnahme zur Schaffung von mehr Transparenz und Bürgernähe begrüße. Bei genauerer Betrachtung des Antrages ergebe sich ein differenziertes Bild, denn ein Beschlussmonitoring ersetze keine politische Auseinandersetzung über die Ursachen, warum Beschlüsse, die in diesem Haus mit großen Mehrheiten gefällt werden, nicht umgesetzt werden. **Herr Seifert** nennt Beispiele, wie die Parkplatzsituation der Schaabe, die Wasserburg Divitz und das Fledermausmonitoring. Dieser Zustand sei nicht zufriedenstellend, deshalb teile man grundsätzlich die Kritik, die mit dem Beschlussmonitoring einhergehe. Zunächst, so **Herr Seifert**, sollte erst einmal das beschließende Gremium wissen, wie der Bearbeitungsstand aussehe. Er schlägt vor, künftig eine Beschlusskontrolle auf die Tagesordnung der zukünftigen Kreistage zu setzen, wo über den Sachstand der Beschlüsse informiert werde. Des Weiteren kritisiert **Herr Seifert** die fehlende Aufschlüsselung relevanter Aspekte, wie den Verwaltungsaufwand, die Kosten, die Personalressourcen. Das brauche keinen Antrag, sondern den politischen Willen in der Verwaltung. Die AfD-Fraktion werde diesen Antrag ablehnen.

Herr Glawe führt zum Thema „Wasserburg Divitz“ aus. Es sei zu keiner Umsetzung gekommen, weil die Gesamtfinanzierung nicht stehe. Das sei allen bekannt, merkt **Herr Glawe** an. Es gebe verschiedene Initiativen, die immer wieder versucht haben, die „Dinge anzuschieben“. Er gibt Herrn Seifert in dem Punkt recht, dass man das Ziel nicht aus den Augen verlieren sollte, aber zurzeit seien weder auf Bundes- noch auf Landesebene finanzielle Mittel zu erwarten.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über den Änderungsantrag der Kreistagsfraktion B90/GRÜNE.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen stimmt dem Änderungsantrag der Kreistagsfraktion B90/GRÜNE mehrheitlich zu.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung des Antrages unter Berücksichtigung des beschlossenen Änderungsantrages.

Beschluss: KT 85-05/2025

Der Kreistag möge beschließen:

1. Die Kreisverwaltung wird beauftragt **zu prüfen**, ein digitales Beschlussmonitoring einzurichten, in dem alle Kreistagsbeschlüsse mit ihrem aktuellen Umsetzungsstand transparent dargestellt werden.
2. Das Beschlussmonitoring könnte folgende Informationen enthalten:
 - a) Datum und Inhalt des Beschlusses
 - b) Zuständiger Fachbereich für die Umsetzung
 - c) Aktueller Bearbeitungsstand (z.B. "in Bearbeitung", "umgesetzt", "teilweise umgesetzt", "nicht umsetzbar")
 - d) Bei nicht oder nur teilweise umgesetzten Beschlüssen: Begründung und ggf. alternative Maßnahmen
 - e) Bei in Ausschüsse verwiesenen Anträgen: aktueller Beratungsstand und Ergebnisse
3. Das Beschlussmonitoring soll auf der Internetseite des Landkreises öffentlich zugänglich sein und vierteljährlich aktualisiert werden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

24. Antrag der Kreistagsfraktionen B90/GRÜNE + DIE PARTEI, SPD, DIE LINKE: "Einführung eines elektronischen Abstimmungssystems im Kreistag zur Steigerung von Transparenz und Effizienz" - Vorlage: A/4/0063

Frau Kindler begründet den eingebrachten Antrag der Kreistagsfraktionen B90/GRÜNE + DIE PARTEI, SPD, DIE LINKE.

Herr Jahns stellt im Namen der Kreistagsfraktion CDU+ den Änderungsantrag, den Antrag als Prüfauftrag an die Verwaltung zu geben. Er weist darauf hin, dass mit dem eingebrachten Antrag Änderungen in der Geschäftsordnung (§ 9) des Landkreises Vorpommern-Rügen vorzunehmen seien. Des Weiteren zitiert **Herr Jahns** aus § 31 (1) Satz der Kommunalverfassung M-V: „Soweit die Geschäftsordnung bestimmt, dass anstelle des Handzeichens mit elektronischen Hilfsmitteln abgestimmt wird, muss gewährleistet bleiben, dass das Stimmverhalten für alle Mitglieder der Gemeindevertretung und bei öffentlichen Sitzungen auch für die Öffentlichkeit in vergleichbarer Weise erkennbar ist.“ Deshalb sei zu prüfen, wie man neben der Darstellung einer Kostenübersicht, die Einführung eines elektronischen Abstimmungssystems technisch und rechtlich umsetzen könne, so **Herr Jahns**.

Herr Seifert sagt, dass die neue Sitzungsperiode viele knappe Abstimmungsergebnisse mit sich bringe, was aber auch ein Ausdruck lebendiger Demokratie sei. Der vorliegende Antrag, so **Herr Seifert**, sei für die AfD-Kreistagsfraktion nicht überzeugend und vor allem bei einer Kostenschätzung von 4.000 bis 6.500 EUR nicht vorrangig notwendig. Man spreche dabei von einer Investitionssumme, aber es werde nicht nur bei der Investition bleiben, sondern es entstehen Folgekosten, wie z.B. durch Schulungen, Wartungen, Ersatz bei Defekten, regelmäßige Updates usw. **Herr Seifert** berichtet als Vorzeigebeispiel von der Integration eines elektronischen Abstimmungssystems im Rahmen eines kompletten Neubaus des Verwaltungsgebäudes und einheitlichen technischen Gesamtkonzeptes aus dem Landkreis Ludwigslust Parchim. Sollte es für den Kreistag Vorpommern-Rügen irgendwann einen eigenen Sitzungssaal geben, könne man gern über ein elektronisches Abstimmungssystem nachdenken, merkt **Herr Seifert** an. Aktuell sehe die AfD-Kreistagsfraktion die Anschaffung des Systems als „Luxusproblem“ und an der Realität der Bürger/innen vorbei, deshalb werde sie ihn heute ablehnen.

Herr Löttge führt aus, dass die Kreistagsfraktion BfS/ FDP/ VR+ den Änderungsantrag der CDU+ Kreistagsfraktion, den Antrag als Prüfauftrag an die Verwaltung zu geben, unterstützen.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über den Änderungsantrag der Kreistagsfraktion CDU+.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen stimmt dem Änderungsantrag der Kreistagsfraktion CDU+ mehrheitlich zu.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung des Antrages unter Berücksichtigung des beschlossenen Änderungsantrages.

Beschluss: KT 86-05/2025

Der Kreistag beschließt:

1. Die Kreisverwaltung wird beauftragt **zu prüfen**, ein elektronisches Abstimmungssystem für den Kreistag anzuschaffen und zu implementieren.
2. Das System soll folgende Mindestanforderungen erfüllen:
 - Präzise und sofortige Erfassung aller Abstimmungsergebnisse
 - Transparente Darstellung der Ergebnisse für alle Kreistagsmitglieder und die Öffentlichkeit in Echtzeit
 - geheime und namentliche Abstimmungen
 - Einfache Bedienbarkeit
 - Datenschutzkonforme Speicherung der Abstimmungsergebnisse
3. Die Kreisverwaltung wird beauftragt, eine kurze Einführung für alle Kreistagsmitglieder zur Nutzung des Systems anzubieten.
4. Die Implementierung soll spätestens drei Monate nach Beschlussfassung erfolgen.

25. Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE: "Aufhebung des KT-Beschlusses KT 04/72-2025" - Vorlage: A/4/0064

Frau Kassner begründet den eingebrachten Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE.

Es erscheine ihm als bemerkenswertes Demokratieverständnis, wenn solange über einen Sachverhalt abgestimmt werden solle, bis das Ergebnis passe, so **Herr Braum**. Es liege ein Beschlusstext zur Gendersprache vor, der Beschlusstext sei öffentlich und verständlich. Nun werde beantragt, diesen Beschluss wieder aufzuheben. **Herr Braum** geht auf den Begründungstext ein und nimmt dazu Stellung. Für ihn sehe dieser Antrag nach einem "Schaufensterantrag" aus, deren einziger Zweck es sei, der AfD eins auszuwischen".

Herr Landrat Dr. Kerth sei der Auffassung, dass es den Regelungen des Kreistages entzogen sei, wie die Verwaltungssprache gehandhabt werde. Er nehme als Landrat zur Kenntnis, wie sich ein Gremium mit 69 Mitgliedern zu bestimmten politischen Fragen verhalte. Er bittet, es nicht fehlzuinterpretieren, wenn er sich zu bestimmten Themen auch mal nicht äußere. **Herr Landrat Dr. Kerth** bekundet, dass er zu jedem Thema eine dezidierte Meinung habe. Frau Kassner habe Recht, dass es keine Angelegenheit des Kreistages sei. Er habe jedoch zur Kenntnis genommen, wie im Kreistag darüber gedacht werde.

Herr Schilke zitiert den § 104 der Kommunalverfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Er gehe nicht davon aus, dass es ein Eingriff in laufende Geschäfte sei, wenn der Kreistag einen Grundsatzbeschluss fasse, dass nicht gegendert werden solle. Er sehe das sehr wohl im Geltungsbereich des Kreistages.

Herr Landrat Dr. Kerth gibt zu bedenken, dass einem nicht allein das Lesen der Kommunalverfassung die relativ breite Welt des Kommunalrechtes komplett eröffne. Es gebe Kommentierungen sowie einen Kernbereich, der dem Landrat zugewiesen sei und die Lebenserfahrung.

Herr Schneider merkt an, dass er als Bürgermeister die Situation gehabt habe, dass ein Antrag auf Abschaffung der Gendersprache gestellt wurde. Es wurde damals rechtlich überprüft, dass dieser Beschluss nicht rechtens gefasst wurde, so **Herr Schneider**. Bei ihm in der Verwaltung gelte: „Jeder mache es, wie er möchte.“ Bisher gebe es keine einzige Beschwerde.

Herr Braum richtet seine Worte bei allem Respekt an Herrn Landrat Dr. Kerth und sagt, dass es seiner Meinung nach nicht an diesen Ort gehöre, ein Kreistagsmitglied in dieses Plenum zu maßregeln.

Herr Glawe weist auf die Beschlussfassung im letzten Kreistag hin. Dem sei nicht widersprochen worden. Er könne sich die Diskussion bzw. die Abstimmung darüber heute nicht erklären. Der Beschluss gelte, sagt **Herr Glawe**.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen lehnt den Antrag mehrheitlich ab.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die Aufhebung des Beschlusses KT 04/72 2025 „Verzicht auf sogenannte Gendersprache“ im Landkreis Vorpommern-Rügen" des Kreistages vom 17. März 2025.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

26. Antrag der Kreistagsfraktionen CDU+, BfS/FDP/VR+: "Appell an die Landesregierung zur gerechten Finanzierung der kostenfreien Kita in Mecklenburg-Vorpommern" - Vorlage: A/4/0065

Herr Leipold begründet den eingebrachten Antrag der Kreistagsfraktionen CDU+, BfS/FDP/VR+. Er stellt im Namen der Kreistagsfraktion CDU+ den Änderungsantrag, im Antrag das Wort „kurzfristig“ zu streichen.

Frau Graf sagt, dass die AfD-Fraktion dem Antrag zustimmen werde. Sie führt aus, dass die beitragsfreie Kitatagesförderung zweifellos ein wichtiger und richtiger Schritt sei. Sie entlaste Familien und schaffe bessere Chancen für alle Kinder, unabhängig vom Einkommen der Eltern. Doch bei aller Zustimmung zur Beitragsfreiheit, so **Frau Graf**, dürfe nicht übersehen werden, dass die Umsetzung enorme finanzielle Belastungen für die Gemeinden und Landkreise mit sich bringe. Für den Erhalt der kommunalen Handlungsfähigkeit, brauche es ein faires und tragfähiges Finanzierungssystem. Es könne nicht sein, merkt **Frau Graf** an, dass das Land M-V die politischen Entscheidungen treffe und die Kommunen die finanzielle Last tragen. Die Beitragsfreiheit dürfe nicht zur finanziellen Überforderung der Kommunen führen.

Herr Müller führt aus, dass die beitragsfreie Kita eine der wichtigsten sozialpolitischen Maßnahmen des Landes Mecklenburg-Vorpommerns seit 2020 sei. Seitdem bleiben hohe Kitabeträge den Eltern erspart, eine Wirkung, die man insbesondere in Zeiten von Inflation nicht vernachlässigen dürfe. Gleichwohl müsse darüber gesprochen werden, wie die Qualität der Kindertageseinrichtungen verbessert werden könne. Das sei auch eine Frage der Bezahlung für die Erzieherinnen und Erzieher, die einen so wichtigen Beitrag leisten. **Herr Müller** betont aber auch, dass dies nicht dazu führen dürfe, dass kommunale Haushalte so stark belastet werden, dass diese nicht mehr handlungsfähig seien. Diese entsprechende finanzielle Herausforderung müsse gelöst werden. **Herr Müller** teilt darauf bezugnehmend mit, dass der Landesrechnungshof einen Bericht mit Lösungen und Maßnahmen erarbeitet habe, die jetzt besprochen werden müssen. Die Landesregierung, der Landkreistag M-V sowie der Städte- und Gemeindetag M-V habe sich darauf verständigt, gemeinsam Verbesserungsmöglichkeiten im Finanzierungs- und Kontrollsystem zu eruieren und noch in diesem Jahr umzusetzen. Diesem Prozess, so **Herr Müller**, der durch eine Arbeitsgruppe begleitet werde, solle man Impulse geben.

Es sei mit der Beitragsfreiheit ein großer Schritt in unserem Land M-V gemacht worden, sagt **Frau Kassner**. Wie es mit Neueinführungen immer sei, müssen Details noch geregelt werden. **Frau Kassner** erklärt, dass von Anfang an zu wenig Anteile vom Land M-V übernommen wurden. 60 % hätten es sein müssen, tatsächlich übernommen wurden jedoch „nur“ 54,2 %. Mit u.a. steigenden Tarifen wurde die Schere für den Landkreis Vorpommern-Rügen immer größer. Das Gleiche treffe jetzt für die

Städte und Gemeinden zu. Sie haben entsprechend höherer Kosten auch höhere Anteile zu tragen, was die Haushalte belastet. **Frau Kassner** erwähnt positiv, dass es mit dem Jugendhilfeausschuss gelungen sei, eine Richtlinie zu erarbeiten. Diese mache es möglich, dass der Landkreis Vorpommern-Rügen zusammen mit den Trägern solche Kostensätze ausgehandelt habe, die Bestand haben. Allerdings, so **Frau Kassner**, ändere das nichts an der Tatsache, dass es insgesamt eine Unterfinanzierung gebe. Ihre Fraktion unterstütze den Antrag.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über den Änderungsantrag der Kreistagsfraktion CDU+.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen stimmt dem Änderungsantrag der Kreistagsfraktion CDU+ einstimmig zu.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung des Antrages unter Berücksichtigung des beschlossenen Änderungsantrages.

Beschluss: KT 87-05/2025

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen appelliert an die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns, die Finanzierung der beitragsfreien Kindertagesförderung nachhaltig und gerecht zu gestalten. Dabei ist sicherzustellen, dass die stetig steigenden Kosten insbesondere durch Personal-, Energie- und Sachkosten nicht weiter zu Lasten der kommunalen Ebene gehen.

Der Landrat wird beauftragt, sich bei der Landesregierung für folgende Punkte einzusetzen:

1. Der Landesanteil an der Finanzierung der Kindertagesförderung muss **kurzfristig** noch weiter erhöht werden.
2. Eine strukturelle Überarbeitung des Finanzierungssystems mit dem Ziel der Kostenstabilität und Effizienz muss initiiert werden.
3. Die Kommunen müssen dauerhaft und nachhaltig entlastet werden, um die kommunale Handlungsfähigkeit zu erhalten.
4. Es muss sichergestellt werden, dass die vom Land eingeführte Beitragsfreiheit nicht zu einer Haushaltsüberlastung der Landkreise und Gemeinden führt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei einer Enthaltung zugestimmt

27. Antrag der Kreistagsfraktionen CDU+, BfS/FDP/VR+: "Gemeinsames Erbe bewahren - Pommernakten dauerhaft in Pommern sichern" - Vorlage: A/4/0066

Frau Präkel begründet den eingebrachten Antrag der Kreistagsfraktionen CDU+, BfS/FDP/VR+.

Herr Gutzmann sagt, dass sich der Kreistag Vorpommern-Greifswald am 7. April

2025 klar dafür ausgesprochen habe, dass die Mittel durch das Land M-V bereitgestellt werden sollen, die den Ausstieg der Nordkirche aus dem Projekt zur Neubegründung eines Archivstandortes für die Pommernakten in Greifswald kompensieren. Dabei sei anzumerken, dass „Pommernakten“ nicht nur in Greifswald aufbewahrt werden, sondern auch in vielen anderen Archiven in Deutschland, aber eben auch in Stettin.

Es habe die Behauptung gegeben, dass diese Pommernakten durch den Ausstieg der Nordkirche nach Mecklenburg-Vorpommern verlegt werden sollen, so **Herr Gutzmann**. Aktuell seien die Pommernakten in Greifswald am Martin-Andersen-Nexö-Platz in einem Gebäude von 1897 untergebracht, welches leider nur die Mindestanforderungen erfülle. Eine Erfassung, Digitalisierung und Beforschung sei unter den aktuellen Bedingungen nicht möglich, dafür brauche es die geplante Neubegründung eines Archivstandortes. Für die AfD-Fraktion stehe außer Frage, dass die Pommernakten nach Pommern gehören, merkt **Herr Gutzmann** an. Der Anteil von Akten, der über Pommern, in anderen Archiven liege, müsse im Rahmen der Beforschung mit eingebunden und auch dem neuen Standort in Greifswald zugeführt werden. Tatsache jedoch sei, dass die Ministerin für Wissenschaft, Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten, Frau Bettina Martin, mit der Pressemitteilung Nr.050/25 vom 11. April 2025 die Behauptung der Verlegung nach Mecklenburg als falsch bezeichnete. **Herr Gutzmann** zitiert aus der Pressemitteilung.

(„Das Land beabsichtigt nicht, das historische Pommernarchiv nach Mecklenburg zu verlagern. Diese Behauptungen sind falsch. Ziel ist es, die Dokumente der pommerschen Geschichte in Vorpommern archivgerecht zu bewahren und zugänglich zu machen.“)

Das Land prüft dafür derzeit eine bauliche und organisatorische Lösung gemeinsam mit dem Archiv der Universität Greifswald. Gespräche laufen. Aus einer solchen Verbundlösung könnten sich zahlreiche Vorteile für die Erfassung, Digitalisierung und Beforschung der Pommernbestände ergeben.“)

Dies führe zur Ablehnung des Antrages durch die AfD-Kreistagsfraktion, denn wozu solle Geld und Kraft aufgewandt werden, obwohl die Landesebene das so sehe, sagt **Herr Gutzmann**.

Herr Miraß führt aus, dass es sich um 11.000 Urkunden, 3.000 Meter laufenden Akten, 10.000 Karten und 30.000 Bänden Dienstakten handle, welche ein wesentlicher Teil des historischen Gedächtnisses unserer Region seien. Der ideale Standort, um mit ihnen zu arbeiten sei in der Nähe der Menschen, die sich in besonderer Weise dafür interessieren, sprich die Menschen in hier in Vorpommern, so **Herr Miraß**. Dazu gebe es wohl keine zweite Meinung. Deshalb unterstütze die SPD-Kreistagsfraktion diesen Antrag.

Herr Latendorf führt aus, dass auch die Kreistagsfraktion Die LINKE möchte, dass die Pommernakten in Vorpommern bleiben. Man hoffe, dass die baulichen Voraussetzungen dazu geschaffen werden können.

Frau Präkel weist in Bezug auf die benannte Pressemitteilung von Frau Kulturministerin Martin darauf hin, dass Vorpommernakten niemals nach Schwerin gehen werden. Sie macht deutlich, dass es hier um eine finanzielle Sache gehe, wo das Land M-V schon längst hätte Zusagen machen können. Fakt sei, so **Frau Präkel**, dass es keine Räumlichkeiten in der Universität Greifswald gebe, wo es möglich wäre, diese Dokumente unterzubringen. **Frau Präkel** sagt, dass diesbezüglich offen und kontrovers an die Landesregierung M-V herangetreten werden müsse.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen stimmt dem Antrag mehrheitlich zu.

Beschluss: KT 88-05/2025

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

1. Der Kreistag Vorpommern-Rügen spricht sich gemeinsam mit dem Nachbar-kreis Vorpommern-Greifswald ausdrücklich für den dauerhaften Verbleib und die wissenschaftliche Erschließung der Pommernakten in Pommern aus.
2. Der Kreistag fordert den Landrat auf, sich bei der Landesregierung Mecklen-burg-Vorpommerns dafür einzusetzen, dass der ursprünglich geplante Neubau des Pommerschen Landesarchives in Vorpommern realisiert wird und die notwendigen Mittel im Landeshaushalt bereitgestellt werden

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

28. Mitteilungen

Herr Kreistagspräsident Kuhn teilt mit, dass die nächste Sitzung des Kreistages am 21. Juli 2025 stattfinde und erinnert an den Sommerempfang in Sassnitz am 20. Juni 2025. Er bedankt sich bei allen Anwesenden und schließt die 5. Sitzung des Kreista-ges um 19:33 Uhr.

02.07.2025, gez. Andreas Kuhn

Datum, Unterschrift

Andreas Kuhn

Kreistagspräsident

02.07.2025, gez. Anja Pfefferkorn

Datum, Unterschrift

Anja Pfefferkorn

Protokollführerin